

P r o t o k o l l

der Einwohnergemeindeversammlung Ennetbaden vom
Donnerstag, 5. Juni 2014, 20.00 Uhr, in der Turnhalle

	Büro
Vorsitzender:	Pius Graf, Gemeindeammann
Protokollführer:	Anton Laube, Gemeindeschreiber
Stimmzähler:	Sepp Bierbaum Josianne Jenny-Fecit Marlis Markwalder Katharina Schwab Lylian Suter-Allera

Traktanden

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. November 2013
2. Kenntnisnahme vom Rechenschaftsbericht 2013
3. Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2013
4. Genehmigung von Kreditabrechnungen
 - 4.1 Werkleitungserneuerungen und Sanierung Bachtal-/Grendelstrasse und Tempo 30
 - 4.2 Alterszentrum Kehl; Verzicht auf Erweiterung des Pflegebereiches und Beteiligung am Neubau Wohnen; Entschuldung der AZK Betriebe AG und Bereinigung der Aktionärsstruktur
5. Kenntnisnahme von den Legislaturzielen 2014/2017 mit Auftrag oder Verzicht zur Prüfung eines Zusammenschlusses mit einer oder mehreren Gemeinden
6. Einbürgerungen
 - 6.1. Einbürgerung Behrens, Mirko Fabian, 1970
 - 6.2. Einbürgerung Lopes Pais, Rui Manuel, 1976, mit Coelho Pais, Miriam, 2009
 - 6.3. Einbürgerung Rohe-Overbeck, Tilman Volker, 1969 und Edda, 1972, mit Berit Liv, 2005 und Solveig Linn, 2007
 - 6.4. Einbürgerung Rüter Heiko, 1967 und Mus Dietlind, 1969, mit Mechthild Dorothee, 2004 und Melchior Hendrik, 2007
 - 6.5. Einbürgerung Selinger-Hansmann Adrian, 1964 und Ute, 1967, mit Isabel, 2001 und Eveline Thea, 2005
7. Ausscheidung Wald- und Naturwaldreservate; Projektgenehmigung
8. Sanierung Badstrasse und Erneuerung Auskragung; Kreditbegehren sowie Orientierung über die Neugestaltung öffentlicher Raum im Bäderquartier mit Neubau Mättelisteg und Verbindung mit Goldwandsteg/Winzerweg
9. Verschiedenes

Gemeindeammann Pius Graf begrüsst alle Anwesenden zur ersten Sommergemeindeversammlung der Legislaturperiode 2014/2017. Aufgrund des grossen Interesses am Informationsabend wurde eine grosse Teilnehmerzahl erwartet, weshalb auch die Sitzordnung geändert wurde und der Gemeinderat auf die Bühne gezügelt ist. Er freut sich auf einen interessanten, sachlichen und guten inhaltlichen Versammlungsverlauf. Einen speziellen Willkommensgruss richtet er an die Personen, die sich einbürgern lassen möchten und an Herrn Pirmin Kramer von der Aargauer Zeitung. Er erwähnt, dass die Versammlung bis gegen 23.00 Uhr dauern könnte. Er möchte trotzdem alle Voten zulassen, damit alle Argumente vorgebracht werden können und dankt für das Verständnis, dass er vorwärts macht, sobald keine neuen Aspekte mehr eingebracht werden. Die allgemeinen Informationen folgen am Schluss unter dem Traktandum "Verschiedenes".

Er stellt fest, dass die Einladungen zur heutigen Gemeindeversammlung fristgerecht zugestellt wurden und die Unterlagen zu den Traktanden ordnungsgemäss auflagen. Laut Stimmregister sind am heutigen Tage 2141 Personen stimmberechtigt. Laut Ausweiskontrolle sind **337 Stimmbürger/-innen (15,74 %) anwesend**. Für endgültige Beschlüsse müssten 429 (20 %) Stimmberechtigte anwesend sein. Sämtliche Beschlüsse unterstehen somit dem fakultativen Referendum.

Zu den vorstehenden Feststellungen und zur Traktandenliste der heutigen Gemeindeversammlung werden auf Anfrage hin keine Einwendungen gemacht. Die Traktandenliste ist somit **ohne Änderungen stillschweigend gutgeheissen**. Die Verhandlungen werden auf Tonband aufgenommen. Für Wortmeldungen sollten die bereitgestellten Mikrofone benützt und Name sowie Vorname genannt werden.

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. November 2013

Gemeindeammann Pius Graf: Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. November 2013 wurde mit den Einladungsunterlagen schriftlich zugestellt. Nachdem auf Anfrage hin keine Änderungen oder Ergänzungen erfolgen, **beantragt** er, das Protokoll zu genehmigen.

In der **Abstimmung** wird das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. November 2013 **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **genehmigt** und dem Verfasser verdankt.

2. Kenntnisnahme vom Rechenschaftsbericht 2013

Gemeinderat Beni Pauli-Marti verweist auf den ausführlichen Rechenschaftsbericht 2013 in den Erläuterungen. In Ergänzung zum schriftlichen Bericht betont er die Umsetzung des Konzeptes zur Aufwertung im Limmatraum und die Aufwertung des öffentlichen Grünraumes über dem Tunnel. Im westlichen Teil werden noch Reben gepflanzt und beim Areal Schwannen wird die Wegverbindung mit der Überbauung in den Jahren 2015/2016 erstellt. Beide Projekte widerspiegeln ein Konzept, wonach die Gemeinde versucht, nebst der verdichteten baulichen Nutzung auch qualitativ hohe Naturwerte zu schaffen. In diesem Sinne dankt er für das Vertrauen und die Bewilligung der entsprechenden Kredite.

Nachdem keine weiteren Informationen gewünscht werden und keine **Diskussion** erfolgt, **beantragt Gemeindeammann Pius Graf**, vom Rechenschaftsbericht 2013 zustimmend Kenntnis zu nehmen.

In der **Abstimmung** wird der Rechenschaftsbericht 2013 **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **zur Kenntnis genommen**.

3. Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2013

Gemeinderätin Elisabeth Hauller: Die Jahresrechnung 2013 ist sehr erfreulich ausgefallen. Positiv ist, dass die Ertrags- und die Aufwandseite besser abgeschnitten haben als erwartet. Bei einem Grossteil der Abteilungen haben sich netto Minderaufwendungen ergeben. Folgende wesentliche Abweichungen gegenüber dem Budget, die mit entsprechenden Folien erläutert wurden, sind zu verzeichnen:

- Bildung: Tiefere Aufwendungen für Schulmaterial, Schulanlagenunterhalt und günstiger Einkauf von Dienstleistungen haben insgesamt zu weniger Ausgaben von Fr. 141 000.— geführt.
- Gesundheit: Der Gemeindeanteil an die aargauischen Spitäler ist Fr. 215 000.— tiefer ausgefallen.
- Zinsen: Die Zinsbelastung liegt netto bei rund Fr. 162 000.—. Gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung um Fr. 72 000.— und gegenüber dem Budget gar um Fr. 119 000.—.
- Die Folie über die Entwicklung des Nettoaufwandes 2010-2013 zeigt, wie sich die Kosten in den einzelnen Bereichen in den letzten vier Jahren entwickelt haben. In drei Abteilungen ist eine Zunahme und in allen anderen Sparten einen Rückgang zu verzeichnen. Die höheren Ausgaben bei der Verwaltung sind auf die Erneuerung von verschiedenen Hardwarekomponenten zurückzuführen. Im Bildungsbereich zeigen sich die Folgen der höheren Schülerzahlen, insbesondere bei den Schulgeldern für die Oberstufen und die höheren Lehrerlohnanteile, da mehr Klassen geführt werden. Bei der Sozialen Wohlfahrt sind infolge der guten Nutzung des Angebotes von Krippen und Tagesstrukturen die Gemeindebeiträge höher. Durch die Nutzung dieser Angebote infolge Erwerbstätigkeit fallen dafür die Steuereinnahmen höher aus und es müssen weniger Sozialhilfegelder ausgerichtet werden.
- Beim Steuerertrag haben sich die Einkommens- und Vermögenssteuern gegenüber dem Vorjahr um 2,7 % auf 12,68 Mio. Franken erhöht. Infolge der Änderungen des Steuergesetzes, die sich ab 2014 auswirken, darf jedoch in den nächsten Jahren nicht mehr mit so hohen Zuwachsraten gerechnet werden. Bei den übrigen Steuerarten sind jährlich deutliche Schwankungen möglich. 2013 sind diese alle besser ausgefallen, was schliesslich Mehrerträge von Fr. 734 000.— ergab.
- Zusammenfassend führen die höheren Steuererträge von total Fr. 734 000.— und die tieferen Nettoaufwendungen von Fr. 739 000.— zu einem um Fr. 1 473 000.— erhöhten Cash Flow von total Fr. 4 037 000.—. Erfreulich ist, dass der Nettoaufwand gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist.
- Im Jahre 2013 wurden Investitionen von 2,6 Mio. Franken getätigt. Davon sind 1,14 Mio. Franken für die Strassensanierungen Bachtalstrasse, Sonnenbergstrasse, Postplatz und Treppenverbindung vom Hirschenplatz zur Hertensteinstrasse etc. verwendet worden. Zudem sind Mittel für die Aufwertungsmassnahmen im Gebiet Goldwand und im Limmatraum sowie für den Bau der Regenrückhalteanlage beim Postplatz benötigt worden.

- Da der Cash Flow die Investitionen um rund 1,4 Mio. Franken übersteigt, hat sich die Nettoschuld von 4,9 auf 3,5 Mio. Franken reduziert. Mit den bereits beschlossenen Investitionen für den Postplatz inkl. Regenrückhalteanlagen, Bachsanierung und Oberflächengestaltung, die Aufwertungsmassnahmen im Gebiet Goldwand, die Sanierung Schlierenstrasse und Ehrendingerstrasse im Innerortsbereich wäre im Jahre 2017 keine Nettoverschuldung mehr zu verzeichnen, sofern keine neuen Kredite mehr dazukommen würden. Die Auswirkungen durch neue Kreditbegehren werden beim Traktandum 8 erläutert.

Zu den Eigenwirtschaftsbetrieben kann Folgendes festgehalten werden:

- Wasserversorgung: Der Aufwand ist gegenüber dem Budget Fr. 43 000.— tiefer ausgefallen. Die Investitionen von Fr. 346 000.— liegen infolge Verzögerungen bei den Bauvorhaben um Fr. 377 000.— unter dem Budget. Dadurch ist der budgetierte Finanzierungsfehlbetrages von Fr. 440 000.— nicht entstanden. Die Schulden belaufen sich unverändert auf Fr. 476 000.—.
- Abwasserbeseitigung: Der Aufwand und Ertrag ist im Rahmen des Budgets. Die Investitionen von Fr. 179 000.— sind Fr. 376 000.— tiefer als budgetiert. Dadurch ist anstelle eines Finanzierungsfehlbetrages von Fr. 137 000.— ein Finanzierungsüberschuss von Fr. 245 000.— entstanden. Die Schulden betragen somit noch Fr. 1 073 000.—.
- Abfallbewirtschaftung: Das Budget wurde beim Aufwand und Ertrag eingehalten. Mit dem Finanzierungsüberschuss von Fr. 17 000.— konnten die Investitionen von Fr. 16 000.— gedeckt werden. Die Schulden betragen Ende 2013 Fr. 16 000.—.

Abschliessend erläutert **Gemeinderätin Elisabeth Hauller** die Bilanz. Bei den Aktiven haben die liquiden Mittel stark zugenommen, da ein beträchtlicher Cash Flow erzielt wurde und die Investitionen tiefer ausgefallen sind. Das Verwaltungsvermögen ist dank der hohen Abschreibungen um 1,5 auf 7,5 Mio. Franken gesunken. Bei den Passiven sind die langfristigen Schulden um 1 Mio. Franken erhöht worden, was rückwirkend gesehen noch nicht nötig gewesen wäre. Sie **beantragt**, die Verwaltungsrechnung 2013 inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe zu genehmigen.

Nachdem keine **Diskussion** erfolgt, übergibt **Gemeindeammann Pius Graf** das Wort zur Verlesung des Revisionsberichtes und die Durchführung der Abstimmung über die Verwaltungsrechnung an Herrn Urs Maag, Präsident der Finanzkommission.

Herr Urs Maag stellt fest, dass die Rechnung 2013, mit Unterstützung einer externen Revisionsgesellschaft, geprüft wurde. Die Einhaltung der rechtlichen und gemeindespezifischen Rechnungslegungsvorschriften wurde anhand von Stichproben geprüft. Als Prüfungsergebnis hält er fest, dass die Verwaltungsrechnung 2013 mit der Buchhaltung übereinstimmt. Die Buchhaltung wurde ordnungsgemäss geführt und die Darstellung der Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften sowie den kaufmännischen Grundsätzen. Er dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit und **beantragt**, die vorliegende Verwaltungsrechnung 2013 der Einwohnergemeinde inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe mit den vorliegenden Zahlen zu genehmigen.

Ohne **Diskussion** wird in der **Abstimmung** die Verwaltungsrechnung 2013 der Einwohnergemeinde inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe **mit grosser Mehrheit** bei einer Gegenstimme **genehmigt**.

4. Genehmigung von Kreditabrechnungen

Gemeindeammann Pius Graf erwähnt, dass Vizeammann Jürg Braga beide Kreditabrechnungen erläutern wird und anschliessend die Diskussionen und Abstimmungen erfolgen. Die Finanzkommission hat die beiden Kreditabrechnungen geprüft und in Ordnung befunden. Die Protokollierung mit den Diskussionen und Abstimmungen erfolgt bei den einzelnen Traktanden.

4.1 Werkleitungserneuerungen und Sanierung Bachtal-/Grendelstrasse und Tempo 30

Vizeammann Jürg Braga: Am 18. Juni 2009 bewilligte die Gemeindeversammlung einen Baukredit für die Werkleitungserneuerungen und Sanierung Bachtal-/Grendelstrasse und Tempo 30 in der Höhe von Fr. 1 230 000.—. Wegen einer Submissionsbeschwerde mussten die Baumeisterarbeiten zweimal ausgeschrieben werden und mit dem Bau konnte erst ein Jahr später als geplant angefangen werden. Die Kreditabrechnung lautet wie folgt:

	<u>Bewilligter Kredit</u>	<u>Kreditabrechnung</u>
- Strassensanierung inkl. Bushaltestellen und Beleuchtung	Fr. 980 000.—	Fr. 1 422 382.—
- Wasserleitung	Fr. 200 000.—	Fr. 173 472.29
- Abwasserleitung	Fr. 25 000.—	Fr. 18 886.25
- Elektrizität (Anteil 40 %)	Fr. 25 000.—	Fr. 78 462.—
- Bauteuerung	Fr. 28 290.—	
= Total	<u>Fr. 1 258 290.—</u>	<u>Fr. 1 693 202.54</u>
= Kreditüberschreitung		<u>Fr. 434 912.54</u>

Die Kreditüberschreitung ist auf vier Gründe zurückzuführen. Der Hauptgrund war der un stabile Untergrund, der in einem Spezialverfahren stabilisiert werden musste. Zudem musste eine alte Mauer bei der Liegenschaft Grendelstrasse 13 teilweise zurückgesetzt werden. Im Abschnitt oberhalb des Spielplatzes kam ein alter Keller und deponiertes Inertmaterial zum Vorschein, welches entsorgt werden musste. Im Weiteren war das Vorausmass im Leistungsverzeichnis in verschiedenen Positionen zu tief errechnet worden.

Nachdem keine **Diskussion** erfolgt, **beantragt Gemeindeammann Pius Graf**, die Kreditabrechnung für die Werkleitungserneuerungen und Sanierung Bachtal-/Grendelstrasse und Tempo 30 im Betrage von Fr. 1 693 202.54 zu genehmigen.

In der **Abstimmung** wird die Kreditabrechnung für die Werkleitungserneuerungen und Sanierung Bachtal-/Grendelstrasse und Tempo 30 im Betrage von Fr. 1 693 202.54 **mit grosser Mehrheit** bei vier Gegenstimmen **genehmigt**.

4.2 Alterszentrum Kehl; Verzicht auf Erweiterung des Pflegebereiches und Beteiligung am Neubau Wohnen; Entschuldung der AZK Betriebe AG und Bereinigung der Aktionärsstruktur

Vizeammann Jürg Braga: Am 6. Juni 2013 bewilligte die Gemeindeversammlung für die Entschuldung der AZK Betriebe AG einen Beitrag à fonds perdu von Fr. 820 000.— und bewilligte die Übernahme von 900 Aktien der AZK Betriebe AG vom Verein AZK Baden / Ennetbaden. Zudem wurde der Verkauf der 75 Aktien der AZK Immobilien AG an die Stadt Baden für Fr. 450 000.— gutgeheissen. Die Kreditabrechnung lautet wie folgt:

- Bewilligter Kredit vom 6. Juni 2013	Fr. 820 000.—
- Entschuldungsanteil laut Abrechnung	Fr. 818 665.—
= Kreditunterschreitung	Fr. 1 335.—

Die Übernahme der 900 Aktien der AZK Betriebe AG vom Verein AZK Baden/Ennetbaden und der Verkauf der 75 Aktien der AZK Immobilien AG für Fr. 450 000.— an die Stadt Baden wurden vollzogen.

Nachdem keine **Diskussion** erfolgt, **beantragt Gemeindeammann Pius Graf**, die Kreditabrechnung für die Entschuldung der AZK Betriebe AG im Betrage von Fr. 818 665.— gutzuheissen.

In der **Abstimmung** wird die Kreditabrechnung für die Entschuldung der AZK Betriebe AG im Betrage von Fr. 818 665.— **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **gutgeheissen**.

5. Kenntnisnahme von den Legislaturzielen 2014/2017 mit Auftrag oder Verzicht zur Prüfung eines Zusammenschlusses mit einer oder mehreren Gemeinden

Gemeindeammann Pius Graf: Die Legislaturziele werden vom Gemeinderat jeweils zur Kenntnisnahme unterbreitet. Diese Ziele geben dem Gemeinderat und der Verwaltung den planerischen und strategischen Rahmen für die Jahre 2014 bis 2017 vor. Für diese Legislatur hat der Gemeinderat einen Schwerpunkt herausgehoben, nämlich die Frage, ob die Gemeinde einen Zusammenschluss prüfen soll. Darum werden zwei Abstimmungen durchgeführt. Beim ersten Antrag bitten wir um Zustimmung und Kenntnisnahme der Schwerpunkte bei den Planungen und Projekten und beim zweiten Antrag stellen wir die Frage, ob ein Zusammenschluss mit einer oder mehreren Gemeinden geprüft werden soll.

Bei den Planungen und Projekten sind folgende Schwerpunkte vorgesehen:

- Im Vordergrund steht der Abschluss der Grossprojekte im Ennetbadener Bäderquartier:
 - Fertigstellung des neuen Postplatzes mit einem grossen Einweihungsfest
 - Sanierung und Aufwertung der Badstrasse gemäss heutigem Traktandum 8
 - Abschluss der Arbeiten an der Goldwand mit dem neuen Weg über dem Tunnel
 - Zweiter Abschnitt der rückwärtigen Erschliessung Areale Schwanen, Hirschen und National
 - Begleitung der privaten Bauprojekte (Schwanen) zur Einhaltung der SNP Vorgaben und Koordination mit den öffentlichen Projekten

- Revision der Bau- und Nutzungsordnung (BNO) unter Berücksichtigung der neuen kantonalen Vorschriften und Einbezug der Erkenntnisse der Testplanung Kernzone mit anschließenden Sondernutzungsplanungen (SNP) Grendeltor und Hertensteinstrasse / Postweg (Hertensteingeviert)
- Beibehaltung eines gesunden Finanzhaushaltes aufgrund eines rollenden Finanzplanes

Abschliessend verweist **Gemeindeammann Pius Graf** auf den Flyer mit den Planungen und Projekten, die in den Jahren 2014 bis 2017 ausgeführt werden sollen. Im Flyer ist ersichtlich, in welcher Reihenfolge die Realisierung vorgesehen ist. Die Kosten für diese Planungen und Projekte sind auch im Finanzplan berücksichtigt worden. Er stellt den Gesamtüberblick sowie die Planungen und Projekte gemäss Flyer zur **Diskussion**.

Nachdem das Wort nicht verlangt wird, **beantragt Gemeindeammann Pius Graf** von den Legislaturzielen 2014/2017 mit den Planungen und Projekten in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen.

In der **Abstimmung** werden die Legislaturziele 2014/2017 mit den Planungen und Projekten **mit grosser Mehrheit** bei 4 Gegenstimmen **zustimmend zur Kenntnis genommen**.

Gemeindeammann Pius Graf: Warum stellt der Gemeinderat die Frage eines Gemeindezusammenschlusses zur Diskussion? Dazu kann rückblickend und zusammenfassend Folgendes ausgeführt werden:

- Nach der Bevölkerungsumfrage 2011 hat sich der Gemeinderat in verschiedenen internen Workshops mit dem Thema auseinandergesetzt.
- Anlässlich der Präsentation der Umfrageergebnisse im April 2012 wurde in Aussicht gestellt, an der Sommergemeindeversammlung 2014 die Zusammenschlussfrage als Teil der Legislaturziele der Bevölkerung zu unterbreiten.
- Bekannterweise erfolgte die Trennung von Baden und Ennetbaden im Jahre 1819.
- In den 60er Jahren fanden erste Diskussionen betreffend Regionalstadt Baden statt.
- 1962 fand die Eingemeindung von Dättwil, Münzlishausen und Rütihof statt. Bereits 1805 hat der Regierungsrat die drei Dörfer Dättwil, Münzlishausen und Rütihof zur politischen Gemeinde Dättwil zwangsverheiratet.
- In den 90er Jahren fanden Diskussionen über eine Stadtunion statt.
- Ab 2000 erfolgten Diskussionen über Metropolitanregionen im Mittelland und den grossen wirtschaftlichen Zentren.
- Im Jahre 2007 erfolgte die Absichtserklärung, die Fusion Baden-Neuenhof 2012 bis 2014 zu realisieren, wobei bei einer Ablehnung ein nächster Anlauf nicht vor 2020 vorgesehen sei. Die Gemeinden der Region Baden wurden eingeladen, sich am Zusammenschluss mit Neuenhof zu beteiligen. Als Grundlage wurde die Studie Wüest und Partner veranlasst. Diese hat keine Mehrheiten für Zusammenschlüsse ergeben. Befürwortet wurde der Ausbau und die Stärkung von Kooperationen, wozu eine Kreiseinteilung im Bezirk Baden erfolgte.
- Im Jahre 2009 lehnte das Stimmvolk die Gemeindereform Aargau (GERAG) ab.
- Im Jahre 2010 scheiterte in Baden die Fusion Baden-Neuenhof.
- 2010 hat der Gemeinderat in Ennetbaden ein Worldcafé und im Jahre 2011 die Bevölkerungsbefragung durchgeführt. 40 % der Einwohner/-innen ab 16 Jahren haben teilgenommen. 54 % konnten sich mit einem Zusammenschluss mit Baden sehr oder eher einverstanden erklären. Gleichzeitig haben 76 % ausgesagt, die Gemeinde soll verstärkt auf Kooperationen setzen.

- Die Gemeinde Ennetbaden ist nach Neuenhof und Baden sowie Killwangen und Spreitenbach die einzige Gemeinde in der Region, die eine Diskussion über einen Zusammenschluss auf der politischen Agenda hat.

In Ennetbaden präsentiert sich die Entwicklung folgendermassen:

- In den 90er Jahren hat der Gemeinderat einen klares Bekenntnis zur Eigenständigkeit abgegeben und die Entwicklungen in der Gemeinde und der "Vision Entwicklung Kern- und Bäderquartier" darauf ausgerichtet.
- 1990 bis 2010 erfolgte die Stärkung der Gemeinde und der Region mit der Förderung des Bäderquartiers.
- Die Realisierung der Kern- und Bäderumfahrung und der Siggenthalerbrücke sind die Eckpfeiler des Verkehrsregimes und die Grundlage zur Revitalisierung des Bäderquartiers.
- Insgesamt tätigte und tätigt die Gemeinde Ennetbaden sehr grosse Investitionen im Verhältnis zur Gemeindegrösse.
- Die Projekte und die bauliche Entwicklung im Zentrum und Bäderquartier werden in den nächsten 4 bis 6 Jahren abgeschlossen.
- Ein Ausblick auf die nächsten 10 Jahre und darüber hinaus sowie die Festlegung einer Entwicklungsstrategie ist also angebracht.

Die Positionierung und Zukunftsplanung der Gemeinde geht natürlich weit über die Legislaturperiode von vier Jahren hinaus. Wann ist der richtige Zeitpunkt für eine Zusammenschlussdiskussion – in guten oder in schlechten Zeiten? Der Gemeinderat will mit dem Anstoss zur Diskussion nicht einfach "in" sein, noch unterliegt er dem Glauben, grösser sei per se besser, noch will er Ennetbaden einfach grundlos in die Region verscherbeln. Die Frage des Zusammenschlusses steht seit Jahren im Raum, weshalb die Bevölkerung nun die Gelegenheit haben soll, sich dazu zu äussern. Diskussionen zu Zusammenschlüssen neigen schnell dazu, alles Vergangene und Zukünftige in Zahlen und Fakten sowie Vor- und Nachteilen aus heutiger Sicht zu begründen. Die Zukunft besteht aber aus vielen Variablen und Veränderungen. Generell durch den Wandel der Zeit, in grenzüberschreitendem Denken und Leben, in einer seitwärts Bewegung zu nationaler Abschottung oder einer multikulturellen Entwicklung. Es kann nicht alles technisch und rational erklärt werden. Es sind auch unsere Emotionen und Zugehörigkeitsgefühle damit verbunden. Genau um diese Emotionen geht es auch, wenn sich die Gemeinde einer solchen Diskussion stellen will. Der Gemeinderat und die Gemeinde sollen sich für die langfristige Planung mit den folgenden Fragen auseinandersetzen und die Entwicklungen darauf ausrichten:

- Wie gestalten wir die Attraktivität unseres Lebensraumes für uns Menschen besser?
- Wie lösen wir die Probleme der demographischen Entwicklung, Verkehrsprobleme, Wohnraum für Alle, soziale Lasten in der sich verändernden Gesellschaft etc. besser?
- Wie schützen und erhalten wir unsere unmittelbare Umwelt besser?
- Wie sieht die Zukunft unserer Jugend aus und was tun wir, die heute anwesende, mehrheitlich ältere Generation dazu?
- Wie gestalten wir die Mitsprache?

Für die Gemeinde Ennetbaden und die Region sehen wir drei mögliche Szenarien:

- Wiedervereinigung mit der Stadt Baden nach fast 200 Jahren
- Beibehaltung des regionalen Kooperationsmodells wie heute bestehend
- Aufbau einer Regionalstadt mit dem Zusammenschluss mehrerer Gemeinden

Das weitere Vorgehen sieht wie folgt aus:

- Die Gemeindeversammlung entscheidet heute, ob ein Zusammenschluss mit der Stadt Baden oder weiteren Gemeinden geprüft werden soll.
- Bei Ablehnung dieses Antrages erfolgt die Fortsetzung und Optimierung der regionalen Zusammenarbeit mit Leistungsvereinbarungen und Kooperationsverträgen.
- Bei Zustimmung wird an einer nächsten Gemeindeversammlung ein Projektierungskredit und ein Vorgehensplan zur Ausarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für einen Zusammenschluss mit der Stadt Baden oder weiteren Gemeinden zur Abstimmung unterbreitet.
- Bei Gutheissung des Projektierungskredites werden die Grundlagen, unter Einbezug der Bevölkerung, in Workshops oder Arbeitsgruppen erarbeitet.
- An einer weiteren Gemeindeversammlung werden die Zwischenresultate und Vorschläge für das weitere Vorgehen präsentiert und die Bevölkerung kann entscheiden.
- Ein Zusammenschluss erfolgt frühestens auf den 1. Januar 2018 mit dem Beginn der neuen Amtsperiode 2018/2021.

Abschliessend betont **Gemeindeammann Pius Graf**, dass im Falle einer Annahme des heutigen Antrages die Gemeindeversammlung, je nach Zwischenresultaten und Erkenntnissen, noch mindestens zweimal abstimmen kann. Die Dauer des Prozesses hängt auch von den Kapazitäten der beteiligten Verwaltungen ab. Heute geht es in einem ersten Schritt um die Meinung der Bevölkerung und einen Auftrag zur Prüfung. Der Gemeinderat kann deshalb noch keine inhaltlichen Fragen beantworten. Der **Antrag** lautet: "Soll der Gemeinderat einer nächsten Gemeindeversammlung einen Kreditantrag für die Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für einen Zusammenschluss mit der Stadt Baden allein oder zusammen mit weiteren Gemeinden unterbreiten?"

In der **Diskussion** meldet sich **Herr Daniel Suter**: Was für Gründe haben den Gemeinderat bewogen, den heutigen Antrag zu stellen? Erfolgte die Bevölkerungsumfrage aufgrund einer Vision des Gemeinderates? Diese richtete sich ja an die ganze Bevölkerung und nicht nur an die Stimmberechtigten. Es gibt eine Interessengemeinschaft (IG) für regionale Gemeindezusammenschlüsse, in der unter anderem Herr Erich Obrist und Herr Peter Züllig von Baden dabei sind. Ist der Gemeinderat oder die Verwaltung informell oder formell in dieser IG vertreten?

Herr Marco Regazzoni: Was bekommen wir, wenn wir die Gemeindeautonomie aufgeben?

Herr Franz Blaser: Ennetbaden ist mit der Stadt Baden in den Bereichen Einkauf, Verkehr, Bahnhof etc. eng verbunden. Warum kann nicht einzeln abgestimmt werden über einen Zusammenschluss nur mit der Stadt Baden und in einer weiteren Abstimmung auch mit mehreren Gemeinden? Es ist nicht klar, warum das zusammengefasst wird.

Frau Ruth Suter-Buser: Bei einem Zusammenschluss gibt es keine Gemeindeversammlung mehr. Wir können nichts mehr selber entscheiden. Sie zitiert, was andernorts mal geschrieben wurde wie folgt: "Sie entschieden, bevor sie begriffen. Nun begreifen sie und können nicht mehr entscheiden."

Herr Anton Bucher: Auf Zusammenschlüsse sollte im heutigen Zeitpunkt verzichtet werden. Die Stadt Baden hat viele Aufgaben im Bäderquartier und Grossprojekte wie das Kurtheater, die Schulhausbauten und die Sanierung des Schulhausplatzes. Er empfiehlt, aufgrund dieser

unsicheren Situation und der Schwierigkeit alle diese Projekte zu finanzieren, mit der Prüfung eines Gemeindegemeinschaftszusammenschlusses zuzuwarten.

Herr Lukas Urech: Damit klare Entscheidungsgrundlagen erarbeitet werden können, begrüsst er das Vorgehen. Die Gemeindeversammlung kann dann aufgrund der geklärten Fakten und nicht aufgrund von Emotionen einen guten Entscheid fällen.

Herr Wilfried Nabholz: Viele Leute, die noch nicht so lange in Ennetbaden wohnen und die Vorgeschichte nicht so gut kennen, sind darauf angewiesen, dass die Entscheidungsgrundlagen und Fakten zusammen getragen werden, damit sie entscheiden können.

Herr Michael Wetzel: Die CVP Ennetbaden hat den Antrag des Gemeinderates intensiv und kontrovers diskutiert. Viele Mitglieder sehen in Abwägung der Vor- und Nachteile bei einem Einzelzusammenschluss von Ennetbaden mit der Stadt Baden keine Tendenz zu mehr Vorteilen. Die Stadt Baden wird zwar ein bisschen grösser, aber es wird dadurch für die Region nichts bewirkt. Die Bevölkerung würde einen ähnlichen Service geniessen wie heute, bei weniger direkter Mitsprache. In der regionalen IG ist die Einsicht gereift, dass wir eine starke Region brauchen, die historisch gewachsen ist und kulturell zusammengehört. Eine Stadt am Limmatknie könnte viele Aufgaben gemeinsam besser lösen. Der Hauptgrund für einen Zusammenschluss ist die Stärkung der Region als Ganzes. Eine starke Region bedeutet Arbeit und Prosperität für Alle. Heute sind die strukturellen und finanziellen Verhältnisse der Gemeinden in der Region sehr unterschiedlich. Durch den Finanzausgleich fliessen viele Mittel ab, die in der Region sehr gut gebraucht werden könnten. Damit die Schere in finanzieller Hinsicht unter den Gemeinden nicht weiter aufgeht, braucht es ein gemeinsames Weitergehen von mehreren Gemeinden. Das politische und wirtschaftliche Gewicht sowie das Erreichen von übergeordneten Zielen kann wesentlich verstärkt werden. Die heutige Abstimmung hat auch einen symbolischen Charakter. Ennetbaden gilt als aufgeschlossene, fortschrittliche, liberale und visionäre Gemeinde. Soll ausgerechnet Ennetbaden die Idee einer Regionalstadt beerdigen? Eine Einzelfusion mit der Stadt Baden soll deshalb nicht weiterverfolgt werden. Hingegen sollen die Bemühungen zur Bildung einer Regionalstadt unterstützt werden. In diesem Zusammenhang sind die Vor- und Nachteile für Ennetbaden bei einem Zusammenschluss von mehreren Gemeinden zu prüfen. Er stellt deshalb folgenden **Antrag:** "Der Gemeinderat wird beauftragt, in der Amtsperiode 2014/2017 aktiv mit den umliegenden Gemeinden Kontakt aufzunehmen mit dem Ziel, ein gemeinsames Zusammenschlussprojekt mit der Stadt Baden zur Stärkung der Region einzuleiten. Eine Einzelfusion mit der Stadt Baden ist nicht weiter zu verfolgen, da damit keine Stärkung der Region erfolgt. Einer Gemeindeversammlung ist frühestens im Jahre 2017/2018 ein Kreditantrag zur Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für eine Fusion mit mehreren Gemeinde zu unterbreiten. Dies mit dem Ziel einer Fusion per 1. Januar 2022."

Herr Daniel Suter erwähnt, dass er bei seiner beruflichen Tätigkeit mehrere Fusionen miterlebt hat. Die Entscheidungswege werden länger. Je grösser eine Gemeinde ist, je geringer ist die Einflussmöglichkeit der Basis. Die Geschäfte laufen über den Einwohnerrat und die Parteien.

Gemeindeammann Pius Graf versucht, die bis jetzt gestellten Fragen zu beantworten und beginnt mit jenen von Daniel Suter. Die Fusionsfrage wird gestellt, obwohl die Gemeinde Ennetbaden heute gut dasteht und noch längere Zeit unabhängig bleiben kann. Gleichzeitig ist klar, dass Ennetbaden eng mit der Stadt Baden verbunden ist. Ob das Modell Kooperation oder Fusion in Zukunft richtig ist, ist schwierig zu beantworten. Ebenso steht zur Diskussion, ob bei der Organisation mit Gemeindeversammlung oder Einwohnerrat das Mitspracherecht

besser gewährleistet ist. Die grössere Einwohnerzahl von rund 21 000 statt 18 000 ist nicht sehr relevant. Die Bevölkerungsumfrage hat sich an alle Personen ab Alter 16 gerichtet. Das Resultat dürfte jedoch auch in etwa der Haltung der Stimmberechtigten entsprechen. Bei der IG Region Baden ist weder der Gemeinderat noch die Verwaltung beteiligt. Diese Gruppe ist auch nie aktiv an den Gemeinderat gelangt.

Zur Frage von Franz Blaser hält er fest, dass die CVP ja einen gegenteiligen Antrag gestellt hat. Der Gemeinderat wollte noch keine Gemeindeauswahl bieten, da ja nur zur Diskussion steht, ob die Prüfungsphase eingeleitet werden soll. Das Resultat kann aber durchaus sein, dass es nur eine Wiedervereinigung mit der Stadt Baden gibt.

Herr Fritz Gläser unterstützt das Votum von Michael Wetzler in mehrfacher Hinsicht und erwähnt als Beispiel die Badenfahrt, die von einem eindrücklichen regionalen Denken geprägt war. Warum soll der Badenfahrtgedanke nicht als Vision in die Politik, in das Zusammengehen von mehreren Gemeinden, übertragen werden? Sollte das visionäre, weitsichtige regionale Zusammengehen nicht möglich sein, kann über eine Einzelfusion immer noch diskutiert werden.

Herr Albert Abrach: Die Eigenständigkeit sollte nicht aufgegeben werden. Die Stadt Baden möchte grösser werden und versucht es nun mit Ennetbaden.

Herr Paul Reigrotzki fühlt sich im jetzigen Zeitpunkt überfordert darüber abzustimmen, ob ein Zusammenschluss nur mit der Stadt Baden oder mit mehreren Gemeinden erfolgen soll. Mit dem gemeinderätlichen Antrag werden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten geprüft und die Bevölkerung kann dann entscheiden, ob die Übung abgebrochen werden soll oder welche Variante weiter zu verfolgen ist.

Herr Paul Krucker: Ein Blick in die Wirtschaft zeigt, dass grosse Einheiten grosse Probleme verursachen. Er teilt auch nicht die Auffassung von Michael Wetzler bezüglich Service, der etwa gleich bleiben soll. Der persönliche, direkte Service der Gemeindeverwaltung ist sehr gut und wird mit Baden nicht mehr so sein.

Herr Reto Schumacher: Auch wenn der heutige Entscheid noch kein Grundsatzentscheid sein soll, in welche Richtung es geht, ist klar, dass es auf eine Fusion mit der Stadt Baden hinausläuft.

Herr Marcel Guertner: Bei einer Fusion wird ein funktionierendes Gemeinwesen neu organisiert, was mit grossen Risiken verbunden ist.

Sona Saly-Oravec: Für eine Fusion braucht es immer einen Partner. Wie ist die Haltung der Stadt Baden in dieser Frage?

Herr Bruno Kocher: Ennetbaden ist ennet an Baden und wir sind getrennt durch die Limmat. Die Trennung hat die Stadt Baden gewollt. Es ist doch schön, dass an der Gemeindeversammlung diskutiert und entschieden werden kann. Soll dies wirklich aufgegeben werden? Warum wollte die Stadt Baden die Gemeinde Neuenhof nicht, obwohl diese noch viel Baulandreserven hat? Die Gemeinde Ennetbaden hat ja keine Baulandreserven. Bei einer Fusion mit Baden ist nicht ausgeschlossen, dass das Rebland zu Bauland wird.

Gemeindeammann Pius Graf: Die Haltung der Behörden der Stadt Baden ist positiv. Wie aber die Bevölkerung von Baden und den weiteren Gemeinden denkt, ist nicht bekannt. Das Rebland zu Bauland umzuzonen, wie das von Bruno Kocher befürchtet wird, wäre ausserordentlich schwer umzusetzen.

Herr Albert Abrach erwähnt, dass Richtung Höhtal noch Baulandreserven vorhanden sind.

Herr Thomas Zierer: Damit wir Entscheidungsgrundlagen erhalten, ist ein Kredit zu bewilligen. Um welchen Betrag handelt es sich da?

Gemeindeammann Pius Graf: Der Betrag ist noch nicht bekannt. Der Gemeinderat muss dazu entsprechende Vorarbeiten leisten und wird dann an einer nächsten Gemeindeversammlung den entsprechenden Projektierungskredit unterbreiten.

Herr Heriberto Rudolph: Eine Fusion erfolgt in der Regel von zwei Fusionswilligen, die in etwa zusammenpassen. Bei Ennetbaden ist das Verhältnis 1:10, sodass eher von einer Einverleibung gesprochen werden muss. Grosse Untersuchungen für eine Regionalstadt sind über-rissen, da dies die Aufgabe jeder einzelnen Gemeinde ist.

Frau Silvia Mancini Gasparini: Ennetbaden ist eine offene Gemeinde. Es wäre schade, wegen Ängsten die Fakten nicht abzuklären. Diesen Ängsten kann am besten begegnet werden, wenn abgeklärt wird, was die Vor- und Nachteile sind und diese offen auf den Tisch gelegt werden.

Herr Rolf Jenni: Es geht heute darum, ob wir für die Zukunft denken dürfen. Diese Freiheit sollten wir uns nehmen und nicht das Denken verbieten. Der Antrag des Gemeinderates beinhaltet das Anliegen der CVP und schliesst nichts aus.

Herr Bruno Kocher: Zum Votum von Fritz Gläser bemerkt er, dass im Jahre 2017 wieder eine Badenfahrt stattfindet. Zudem sollten wir doch noch 200 Jahre Ennetbaden feiern. Zur Stadt Baden ist festzuhalten, dass diese nach dem Zusammengehen im Polizeiwesen an der Schiefen Brücke sehr viel verdient hat. Bei der Fusion der Feuerwehr wurde immer positiv verhandelt. Nach der Genehmigung des Gemeindevertrages wurde im personellen Bereich dann nicht mehr Rücksicht genommen.

Gemeindeammann Pius Graf erläutert das Abstimmungsverfahren. In einer ersten Abstimmung wird der gemeinderätliche Antrag dem Antrag der CVP von Michael Wetzel gegenübergestellt. In einer zweiten Abstimmung kann zum obsiegenden Antrag dann Ja oder Nein gesagt werden, ob eine Prüfung grundsätzlich überhaupt erfolgen soll. Er bemerkt zudem, dass die Stimmen des Gemeinderates immer zugunsten des gestellten Antrages gezählt werden. Für diese Abstimmung wurde entschieden, sich der Stimme zu enthalten.

In der **ersten Abstimmung** wird der gemeinderätliche Antrag mit **183 : 77 Stimmen** gegenüber dem Antrag der CVP von Michael Wetzel **gutgeheissen**.

In der **zweiten Abstimmung** wird dem Antrag: "Soll der Gemeinderat einer nächsten Gemeindeversammlung einen Kreditantrag für die Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für einen Zusammenschluss mit der Stadt Baden allein oder zusammen mit weiteren Gemeinden unterbreiten?" mit **162 : 149 Stimmen zugestimmt**.

6. Einbürgerungen

Gemeinderat Michel Bischof: Heute stehen fünf Einbürgerungsgesuche mit insgesamt 15 Personen zur Diskussion. Er erwähnt, wie sich die Einbürgerungskommission in der neuen Amtsperiode zusammensetzt. Die Einbürgerungskommission hat mit allen 15 Personen die Einbürgerungsgespräche geführt. Alle sind mit den schweizerischen Verhältnissen sehr gut vertraut und integriert. Sie verstehen und sprechen die deutsche Sprache bestens. Die schriftlichen Tests über die staatsbürgerlichen Kenntnisse wurden von allen Gesuchsteller/-innen sehr gut bestanden. Die gesetzlichen Anforderungen bei allen Bewerber/-innen sind erfüllt. Zu den weiteren Angaben über die Gesuchsteller/-innen verweist er auf die Traktandenberichte und verliest die Namen. Er ersucht die anwesenden Personen, die eingebürgert werden sollen, sich kurz zu erheben. Die Protokollierung erfolgt nachfolgend bei den einzelnen Gesuchen. Die anwesenden Gesuchsteller/-innen wurden vor der Abstimmung gebeten, in den Ausstand zu gehen.

6.1 Einbürgerung Behrens, Mirko Fabian, 1970

Gemeinderat Michel Bischof: Herr Mirko Fabian Behrens, ist am 14. Dezember 1998 in die Schweiz eingereist. Herr Behrens wohnt seit dem 4. Juli 2006 in Ennetbaden. Er arbeitet als Leiter Bereich Chemie bei der Firma Varistor AG in Neuenhof. Er ist Mitglied in einer Freikirche. Er hat sich über gute staatsbürgerliche Kenntnisse ausgewiesen. Die gesetzlichen Voraussetzungen bezüglich Wohnsitzdauer und Eignung sind vollumfänglich erfüllt.

Gemeindeammann Pius Graf eröffnet die **Diskussion**. Nachdem das Wort nicht gewünscht wird, **beantragt** er Herrn Behrens, Mirko Fabian, 1970, das Einwohnergemeindebürgerrecht von Ennetbaden zuzusichern.

In der **Abstimmung** wird der Antrag zur Zusicherung des Einwohnergemeindebürgerrechtes an Mirko Fabian Behrens **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **gutgeheissen**.

6.2 Einbürgerung Lopes Pais, Rui Manuel, 1976, mit Coelho Pais, Miriam, 2009

Gemeinderat Michel Bischof: Herr Lopes ist am 28. Februar 1994 von Portugal in die Schweiz eingereist. Seine Tochter Coelho Pais, Miriam ist in das Einbürgerungsgesuch einbezogen. Herr Rui Lopes arbeitete während rund zehn Jahren als Saisonier bei einem Weingut und kehrte jeweils über den Winter in sein Heimatland Portugal zurück. Seit dem 3. Januar 2004 wohnt Herr Lopes Pais nun ununterbrochen in der Schweiz und seit dem 1. Oktober 2009 wohnt er mit seiner Familie in Ennetbaden. Herr Lopes Pais arbeitet bei der Einwohnergemeinde als Bauamtsmitarbeiter. Er engagiert sich in der Freizeit als Maschinist in der Feuerwehr und ist in der Schweiz integriert. Die gesetzlichen Voraussetzungen bezüglich Wohnsitzdauer und Eignung sind vollumfänglich erfüllt.

Gemeindeammann Pius Graf eröffnet die **Diskussion**. Nachdem das Wort nicht verlangt wird, **beantragt** er Lopes Pais, Rui Manuel, 1976 und der Tochter Coelho Pais, Miriam, 2009, das Einwohnergemeindebürgerrecht von Ennetbaden zuzusichern.

In der **Abstimmung** wird der Antrag zur Zusicherung des Einwohnergemeindebürgerrechtes an Rui Lopes und Miriam Coelho **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **genehmigt**.

6.3 Einbürgerung Rohe-Overbeck, Tilman Volker, 1969 und Edda, 1972, mit Berit Liv, 2005 und Solveig Linn, 2007

Gemeinderat Michel Bischof: Die Familie Rohe-Overbeck ist am 1. Januar 2001 bzw. 11. März 2001 in die Schweiz eingereist. Sie wohnt seit dem 1. April 2005 in Ennetbaden. Herr Tilman Rohe arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Gruppe Hochenergiephysik beim Paul Scherrer Institut in Villigen. Frau Edda Rohe arbeitet in einem Teilzeitpensum als Raumplanerin beim Amt für Raumentwicklung beim Kanton Schwyz. Die beiden Töchter Berit Liv und Solveig Linn besuchen beide die Primarschule in Ennetbaden. Die staatsbürgerlichen Kenntnisse sind sehr gut. Die Gesuchsteller sind in der Schweiz integriert und Frau Rohe engagiert sich auch beim Verein Ennetraum. Die gesetzlichen Voraussetzungen bezüglich Wohnsitzdauer und Eignung sind vollumfänglich erfüllt.

Gemeindeammann Pius Graf eröffnet die **Diskussion**. Nachdem das Wort nicht verlangt wird, **beantragt** er Rohe, Tilman Volker, 1969, seiner Ehefrau Rohe-Overbeck, Edda, 1972, den Töchtern Berit Liv, 2005 und Solveig Linn, 2007, das Einwohnergemeindebürgerrecht von Ennetbaden zuzusichern.

In der **Abstimmung** wird der Antrag zur Zusicherung des Einwohnergemeindebürgerrechtes an Tilman Volker Rohe, Edda Rohe-Overbeck, Berit Liv Rohe und Solveig Linn Rohe **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **genehmigt**.

6.4 Einbürgerung Rüter Heiko, 1967 und Mus Dietlind, 1969, mit Mechthild Dorothee, 2004 und Melchior Hendrik, 2007

Gemeinderat Michel Bischof: Die Familie Rüter-Mus ist am 16. Dezember 1997 in die Schweiz eingereist. Seit dem 25. Juli 2008 wohnt sie in Ennetbaden. Herr Heiko Rüter arbeitet als Pfarrer der Reformierten Landeskirche Aargau im Kantonsspital Baden. Frau Dietlind Mus in einem Teilpensum von 80 % als Pfarrerin bei der Reformierten Kirchgemeinde Baden. Die Kinder Mechthild Dorothee und Melchior Hendrik besuchen die Primarschule in Ennetbaden. Die Familie Rüter-Mus ist durch ihre Tätigkeit in Ennetbaden sehr gut vernetzt und integriert. Die gesetzlichen Voraussetzungen bezüglich Wohnsitzdauer und Eignung sind vollumfänglich erfüllt.

Gemeindeammann Pius Graf eröffnet die **Diskussion**. Nachdem das Wort nicht verlangt wird, **beantragt** er Heiko Rüter, 1967, seiner Ehefrau Dietlind Mus, 1969, der Tochter Mechthild Dorothee, 2004 und dem Sohn Melchior Hendrik, 2007, das Einwohnergemeindebürgerrecht von Ennetbaden zuzusichern.

In der **Abstimmung** wird der Antrag zur Zusicherung des Einwohnergemeindebürgerrechtes an Heiko Rüter, Dietlind Mus, Mechthild Dorothee Mus und Melchior Hendrik Mus **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **gutgeheissen**.

6.5 Einbürgerung Selinger-Hansmann Adrian, 1964 und Ute, 1967, mit Isabel, 2001 und Eveline Thea, 2005

Gemeinderat Michel Bischof: Die Familie Selinger ist am 4. Januar 1993 bzw. 10. Juni 1995 in die Schweiz eingereist. Seit dem 1. Mai 1998 wohnt sie in Ennetbaden. Herr Adrian Selinger arbeitet als Senior Expert bei der Pöry Energy AG. Frau Ute Selinger ist Familienfrau. Die Tochter Isabel besucht die Bezirksschule in Baden. Die jüngere Schwester Eveline Thea besucht die Primarschule in Ennetbaden. Frau Selinger ist im Verein Ennetraum aktiv tätig und die Familie ist in der Schweiz gut integriert. Die gesetzlichen Voraussetzungen bezüglich Wohnsitzdauer und Eignung sind vollumfänglich erfüllt.

Gemeindeammann Pius Graf eröffnet die **Diskussion**. Nachdem das Wort nicht verlangt wird, **beantragt** er Selinger Adrian, 1964, seiner Ehefrau Selinger-Hansmann Ute, 1967 und den Töchtern Isabel, 2001 und Eveline Thea, 2005 das Einwohnergemeindebürgerrecht von Ennetbaden zuzusichern.

In der **Abstimmung** wird der Antrag zur Zusicherung des Einwohnergemeindebürgerrechtes an Adrian Selinger, Ute Selinger-Hansmann, Isabel Selinger und Eveline Thea Selinger **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **genehmigt**.

Bei der Rückkehr der Gesuchsteller/-innen in das Versammlungslokal gratuliert **Gemeindeammann Pius Graf** allen zur Zusicherung des Einwohnergemeindebürgerrechtes, die jeweils mit grosser Mehrheit ohne Gegenstimmen erfolgt ist.

7. Ausscheidung Wald- und Naturwaldreservate; Projektgenehmigung

Gemeinderat Beni Pauli-Marti: Der Wald im Ennetbadener Gemeindegebiet ist zum grössten Teil im Besitz der Einwohnergemeinde Ennetbaden. Die Bewirtschaftung und Pflege erfolgt durch das Stadtforstamt Baden und wird durch die Wald-, Natur- und Landschaftskommission (WNL) der Gemeinde begleitet. Bereits seit einigen Jahren wird der Wald am Geissberg sowie der Wald entlang der Lägern als Naturwald gepflegt und kaum forstlich genutzt. Der Wald am Geissberg wurde in den letzten Jahren stark ausgelichtet, damit viel Licht auf die Felsen kommt und die Flora des Südhanges gefördert wird. Zudem wurden Teilstücke jedes Jahr von Geissen beweidet. Entlang des Lägernkammes erfolgte ebenfalls nur eine geringe forstliche Nutzung, da das Gebiet sehr steil ist. Die naturnahe Pflege wird vom Kanton gefördert, indem die Gebiete als Wald- und Naturwaldreservate ausgeschieden werden können. Für die zusätzlichen Pflegeaufwendungen entrichtet der Kanton entsprechende Pflegebeiträge. Für ein kantonales Reservat muss die entsprechende Bewirtschaftung für 50 Jahre vertraglich vereinbart werden.

Trotz der Schutzausscheidung als Reservat gilt Sicherheit vor Schutz. Auch in Zukunft können bei gefährlichen Situationen Bäume gefällt oder Schutzvorkehrungen getroffen werden. Er zeigt anhand von Folien, welche Gebiete als Wald- und Naturwaldreservate ausgeschieden werden und weist darauf hin, dass entgegen dem Plan im Traktandenbericht der Perimeter unterhalb des Scharfenfelsens etwas reduziert wurde, da das Reservat auf Wettingerseite ebenfalls nicht so weit reicht und die Weiterführung auf Ennetbadenerseite deshalb nicht zweckmässig ist.

Die Waldnutzung ist in der Regel in etwa kostendeckend. In Ennetbaden ist es aufgrund der steilen Waldhänge mit entsprechend höherem Aufwand für den Holzschlag nicht der Fall. Die Einwohnergemeinde leistete schon seit vielen Jahren an die Pflege sowie den Unterhalt der Waldwege jährlich einen Beitrag von Fr. 21 000.—. In Zukunft wird die Pflege der Reservate etwas teurer. Dieser Mehraufwand ist dank der künftigen Kantonsbeiträge kostenneutral. Der Kanton leistet für den vertraglichen Reservatsschutz von 50 Jahren einmalige Beiträge von total Fr. 51 000.—. Zudem werden für die nächsten 15 Jahre – die Dauer des Betriebsplanes – jährlich rund Fr. 12 400.— an die Pflege der Reservate ausgerichtet. Nach 15 Jahren muss der Betriebsplan erneuert werden. Im Normalfall wird dann auch der Pflegebeitrag verlängert.

In der **Diskussion** erkundigt sich **Herr Gawin Schmid**, warum auf der Lägerseite das Naturwaldreservat nicht bis zum Weg hinunter ausgeschieden wird, damit es mit der isolierten Fläche verbunden ist.

Gemeinderat Beni Pauli-Marti: Dieser Teil des Lägerwaldes ist nicht so steil und kann wirtschaftlich genutzt werden, weshalb eine Zuweisung als Naturwaldreservat nicht gegeben ist. Bei der ausgeschiedenen Inselfläche handelt es sich um einen sehr alten Baumbestand, der erhalten werden soll.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, **beantragt Gemeindeammann Pius Graf** das Projekt "Ausscheidung Waldreservat Geissberg und Naturwaldreservat Läger" im Ennetbadener Wald zu genehmigen.

In der **Abstimmung** wird das Projekt "Ausscheidung Waldreservat Geissberg und Naturwaldreservat Läger" **mit grosser Mehrheit** bei zwei Gegenstimmen **genehmigt**.

8. Sanierung Badstrasse und Erneuerung Auskragung; Kreditbegehren sowie Orientierung über die Neugestaltung öffentlicher Raum im Bäderquartier mit Neubau Mättelisteg und Verbindung mit Goldwandsteg/Winzerweg

Gemeindeammann Pius Graf: Das Kreditbegehren Sanierung Badstrasse und Erneuerung Auskragung sowie die Orientierung über die Gestaltung öffentlicher Raum im Bäderquartier mit Neubau Mättelisteg und Verbindung Goldwandsteg/Winzerweg wird durch Gemeinderätin Elisabeth Hauller, die Präsidentin der Arbeitsgruppe war, vorgestellt. Über dieses wichtige Bauvorhaben wurde schon mehrfach informiert. Erstmals am 5. April 2011, dann am 16. November 2013 anlässlich der Besichtigung des Hotels Schwanen und letztmals am 19. Mai 2014, zusammen mit den Fachleuten. Die Veranstaltungen waren erfreulicherweise sehr gut besucht, mit guten Fragen und reger Diskussion. Die heutige Präsentation erfolgt deshalb ohne technische Einzelheiten. Bei Unklarheiten und technischen Fragen wird jedoch Bauverwalter Andreas Müller Stellung nehmen können. Das Kreditbegehren ist das Ergebnis des öffentlichen Wettbewerbes zur Gestaltung des öffentlichen Raumes im Bäderquartier, der zusammen mit der Stadt Baden durchgeführt wurde. Nach dem Wettbewerbsentscheid folgte eine mehrjährige Detailplanung durch das Planungsbüro Jauch Zumsteg Pfyl – heute Eckhaus – in Zusammenarbeit mit der eingesetzten Arbeitsgruppe. Dieser Arbeitsgruppe gehörten Gemeinderätin Elisabeth Hauller als Präsidentin, Vizeammann Jürg Braga, Bauverwalter Andreas Müller, Daniel Gut als Vertreter der Planungskommission, Pius Zimmermann, Grafiker, Peter Berger als Vertreter der Baukommission Baden und Christoph Haerle als Vertreter der Stadtbildkommission Baden an. Situativ wurde die Arbeitsgruppe mit Fachleuten ergänzt.

Gemeinderätin Elisabeth Hauller: Mit der Inbetriebnahme des Umfahrungstunnels sind im Jahre 2006 die Bad- und Sonnenbergstrasse vom starken Durchgangsverkehr befreit worden. Seither sind entlang der Badstrasse von privater Seite die Bauten Hirsch und Blueside erstellt worden. In den nächsten Monaten wird mit der Überbauung des Areals Schwanen begonnen. Für die Areale Schwanen, Hirsch und National wurde eine rückwärtige Erschliessungsstrasse gebaut, damit die Badstrasse nur noch beschränkt als Zufahrtsstrasse benötigt wird.

Als Reaktion auf die nach der Tunneleröffnung veränderte Situation im ganzen Kern- und Bädergebiet Baden/Ennetbaden wurde im Jahre 2007 zusammen mit der Stadt Baden ein Wettbewerb durchgeführt, mit dem Ziel, gestalterische und funktional überzeugende Räume für die verschiedenen Nutzergruppen zu schaffen. Dabei wurden die Bedürfnisse und die besonderen Gegebenheiten mit dem Fluss, den Hochwassergefahren und den Thermen berücksichtigt und in der Arbeitsgruppe weiterentwickelt. Schliesslich ist das Projekt in Gestaltung, Materialwahl und Geometrien zu einer ausgewogenen ganzheitlichen Lösung gereift.

Gemeinderätin Elisabeth Hauller zeigt anhand von Folien, wie die Gestaltung aussieht und wie sich das Planungsgebiet unterteilt. Der Hauptteil führt vom Hotel Post flussabwärts bis ans Ende der Badstrasse beim Portal Goldwand. Für diesen Abschnitt ist das heutige Kreditbegehren. Das zweite Teilgebiet umfasst den Goldwandsteg und den Winzerweg. Der Goldwandsteg ist ein Stahl-/Holzsteg, der aussen an die Ufermauer angehängt wird. Er führt vom Limmatplatz, von dort, wo die Platanenbäume stehen, flussabwärts aussen an der Liegenschaft Frischknecht, Badstrasse 7, vorbei. Daran anschliessend folgt der Winzerweg als Verbindung durch den Rebhang bis zum Oederlinareal. Dieses Teilgebiet soll zuletzt realisiert werden. Es ist abhängig vom Bau des Bottabades sowie von den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde. Das dritte Teilgebiet umfasst den Mättelisteg, der vom Oederlinareal über die Limmat zum Mättelipark führt. Für den Mättelisteg wurde zusammen mit der Stadt Baden ein Wettbewerb durchgeführt. Es ist vorgesehen, den Mättelisteg auf den Zeitpunkt der Eröffnung des Bottabades zu realisieren. Die Kosten sollen von den drei Gemeinden Baden, Obersiggenthal und Ennetbaden zu gleichen Teilen getragen werden. Mit der Realisierung dieser drei Projekte wird ein eindrücklicher Rundweg für das Kern- und Bädergebiet Baden/Ennetbaden erreicht.

Als erster Schritt erfolgt heute das Kreditbegehren für die Sanierungs- und Gestaltungsmaßnahmen Badstrasse. Die Einzelheiten des Projektes können wie folgt zusammengefasst werden:

- Der Streckenabschnitt vom Hotel Post bis an das Ende der Badstrasse hat eine Länge von rund 310 m.
- Die Gehwegauskragungen müssen auf der gesamten heutigen Länge erneuert werden. Eine erneute Sanierung ist aufgrund des Zustandes nicht mehr möglich.
- Die neue Auskragung wird schmaler ausgeführt, da sie nicht mehr die gleiche Gehwegfunktion hat, wie mit dem Verkehr. Ein vollständiger Verzicht kommt nicht in Frage, da die Badstrasse inkl. Gehbereich an der engsten Stelle bloss noch knapp 6 m breit wäre, was im Notfall für den Rettungsdienst, Umleitungen etc. nicht ausreicht.
- Im äussersten Bereich auf der Seite der Limmat wird auf einer Breite von 1,50 m ein Gehweg mit vorfabrizierten Betonplatten realisiert. Ab den Betonplatten bis an die Hausfassaden erfolgt eine Guber-Natursteinpflasterung. Die Gubersteine sind 11-13 cm breit und etwa 16 cm lang. Die Steinoberfläche ist geschliffen und geflammt. Die Fugen der Steine, die in Längsrichtung verlegt werden, werden vergossen, sodass die ganze Fläche, wie beim Hirschenplatz, die behindertengerechten Bedingungen erfüllt.
- Die Natursteinpflasterung hat gegenüber einem geteerten Belag den Vorteil, dass sie wesentlich dauerhafter ist und Flickstellen kaum sichtbar werden.

- Die Entwässerung der Oberfläche ist auf der Gebäudeseite mit einer Muldenrinne vorgesehen.
- Der Abschluss nach aussen wird mit einem schlichten, robusten Staketengeländer, leicht geneigt, betont. Mit diesem Geländer kann die Limmat beim Spazieren gut wahrgenommen werden.
- Für den Hochwasserschutz ist eine integrierte, mobile Vorrichtung vorgesehen.
- Die Badstrasse wird als Begegnungszone mit Tempo 20 signalisiert. Fussgänger/-innen sind somit gegenüber dem Fahrzeugverkehr vortrittsberechtigt, dürfen diesen aber nicht unnötig behindern.
- Die Betonufermauer mit den Vor- und Rücksprüngen ist uneinheitlich und wird infolge der geringeren Auskragung deutlicher wahrgenommen. Es ist deshalb eine Vormauerung mit Mägenwiler Muschelkalk vorgesehen, die dauerhafter ist und ein regelmässiges Gesamtbild ergibt. Diese Vormauerung muss unter Nutzung der Baustelleneinrichtung für die Sanierungsmassnahmen gemacht werden. Andernfalls ist dieses Element für längere Zeit zu vergessen.
- Am nördlichen Ende der Badstrasse, bei den heutigen Platanenbäumen, soll der Platz neu mit einer Stahl-/Holzkonstruktion gestaltet werden. Der äussere Teil der Konstruktion ragt leicht in die Limmat hinaus. Ab diesem Punkt soll später der Goldwandsteg in Richtung Oederlinareal fortgeführt werden.
- Die Beleuchtung steht auf der Gebäudeseite. Der Strassenraum soll dezent mit Mastleuchten ausgeleuchtet werden. Die Gebäude selber und die Limmat werden nicht beleuchtet.
- Der Brückenkopf des Merciersteges wird baulich angepasst. Der Treppenabgang erfolgt geradeaus in die Badstrasse.
- Die Sanierung der Auskragung und die anschliessende Oberflächengestaltung werden voraussichtlich in den nächsten zwei Jahren ausgeführt. Ideal wäre die Fertigstellung mit der Eröffnung des Hotels Schwanen.
- Die Kehrseite der Gestaltung des öffentlichen Raumes sind die hohen Baukosten. Die Ausführung der Bauarbeiten der drei Teilgebiete erfolgt etappiert, damit sie finanziell für die Gemeinde gut verkraftbar sind. Für die Sanierung und Gestaltung der Badstrasse, das heutige Kreditbegehren, betragen die Kosten inkl. Werkleitung 7,182 Mio. Franken. Für den Goldwandsteg/Winzerweg sowie den Mättelisteg betragen die Kosten noch rund 2,2 Mio. Franken.
- Die Kosten für die Sanierung und Gestaltung Badstrasse sind wie folgt aufgeteilt:

- Vorarbeiten, Installationen, Abbrüche, Gerüste, Wasserumleitung	Fr. 1 500 000.—
- Betonarbeiten für Gehwegauskragungen	Fr. 1 300 000.—
- Natursteinpflasterung inkl. Fundament	Fr. 1 400 000.—
- Ausgleich Rücksprung 50 m und Muschelkalkvormauerung 200 m	Fr. 1 100 000.—
- Limmatplatz mit Holz-/Stahlkonstruktion	Fr. 600 000.—
- Geländer, Entwässerung, Beleuchtung, Ausstattung, Unvorherges.	Fr. 1 100 000.—
- Werkleitungen, Wasser, Kanalisation, Elektrizität (Anteil 40 %)	<u>Fr. 182 000.—</u>
= Total Baukosten	<u>Fr. 7 182 000.—</u>

Abschliessend erläutert **Gemeinderätin Elisabeth Hauler** die Auswirkungen dieses Kreditbegehrens auf die Nettoverschuldung der Gemeinde anhand von Folien. Mit den weiteren Bauvorhaben wie der Sanierung der alten Schulhäuser, dem Anteil an den Mättelisteg und den weiteren Strassensanierungen erhöht sich die Nettoverschuldung gegen 12 Mio. Franken. Ab 2021 sollte die Verschuldung wieder zurückgehen. Diese Zahlen sowie die angedachten Projekte sind mit einigen Unsicherheiten verbunden. Vielfach ergeben sich bei der Umsetzung Verzögerungen, Verschiebungen, Abänderungen oder es kommen neue Projekte dazu. Aus

diesem Grunde wird der Finanzplan rollend, jährlich zweimal überarbeitet. Damit die drei wichtigsten Parameter, nämlich der Cash Flow von mindestens 2,5 Mio. Franken, die Beibehaltung des Steuerfusses von 100 % sowie die Nettoverschuldung von maximal 12 Mio. Franken eingehalten werden können.

Ennetbaden ist eine überschaubare, attraktive Wohngemeinde. Landschaftlich wunderbar zwischen Lägern und Geissberg eingebettet und unten der Fluss mit dem Limmatknie. Selten kann eine Gemeinde ein so spezielles Bild von sich geben. Die Situation mit dem Fluss und den Hanglagen macht es zwar nicht immer einfach. Die Sanierung und Gestaltung der Badstrasse kann aber so umgesetzt werden, wie wir es aufgezeigt haben. Die Gestaltung und der Aufwand dafür ist unter dem Aspekt der Langfristigkeit ausgewogen und tragbar. Sie **beantragt**, das Projekt Sanierung Badstrasse und Erneuerung Auskragung zu genehmigen und den Baukredit von Fr. 7 182 000.— (Preisstand März 2014) zu bewilligen.

Gemeindeammann Pius Graf dankt für die Ausführungen und die Übersicht zu den finanziellen Entwicklungen. Es liegt ein fundiertes, qualitativ gutes Projekt vor, das langfristig für die nächsten 60 bis 100 Jahre seinen Zweck erfüllt.

In der **Diskussion** meldet sich **Herr Urs Maag**. Er hält fest, dass das Ziel der Finanzkommission ist, dass sich die Gemeinde weiterhin auf finanziell sicherem Boden bewegt. Laut Finanzplan wird die Gemeinde weiterhin gute Steuererträge haben. Diese sind auch nötig, um die hohen Investitionen zu finanzieren. Heute stehen 7 Mio. Franken von insgesamt noch zu bewilligenden Investitionen von 20 Mio. Franken zur Diskussion. Der heutige Entscheid hat einen grossen Einfluss auf die Verschuldung. Das vorliegende Projekt enthält Elemente, die weggelassen werden können. Es ist nicht eine Frage, ob sich Ennetbaden diese Investition leisten kann, sondern ob sie sich diese Investition so leisten will. Die Finanzkommission hätte gerne zwei Varianten zur Auswahl gehabt. Es geht nämlich nicht nur darum "Ja oder Nein" zu sagen, sondern auch "Ja aber anders".

Herr Paul Meyer: Die CVP Ennetbaden unterstützt die moderne Gestaltung der Badstrasse und die Erneuerung der Auskragung. Es ist eine konsequente Fortführung der bereits beschlossenen Gestaltung Postplatz und wird hoffentlich die Bevölkerung und viele auswärtige Gäste erfreuen. Ein fertiges Projekt sollte eigentlich nicht punktuell geändert werden. Trotzdem erfolgen zwei Änderungsanträge. Mit der Betonkonstruktion der Auskragung, der Neugestaltung der Begegnungszone, der neuen Überbauung an der Goldwand und dem Tunnelausgang aus Beton sowie den weiteren geplanten Projekten, befinden wir uns in einem modern ausgerichteten Gebiet. Die Vormauerung mit dem Mägenwiler Muschelkalk bringt optisch eine geringe Verbesserung und keinen Mehrwert. Die Weglassung bringt jedoch eine grosse Kostenersparnis. Daraus resultiert der **erste Antrag:** "Auf die Vormauerung mit dem Mägenwiler Muschelkalk ist zu verzichten. Das Projekt ist entsprechend anzupassen."

Beim Limmatplatz ist eine Holz-/Stahlkonstruktion vorgesehen. Dieser Ausbau ist zurückzustellen und erst mit dem Projekt "Goldwandsteg/Winzerweg" zu realisieren. Mit der Gestaltung Badstrasse ist nur eine sanfte Renovation auszuführen. Der **zweite Antrag** lautet: "Auf die Ausführung der Holzterrasse beim sogenannten Limmatplatz ist zu verzichten. Jetzt ist nur eine sanfte Renovation auszuführen."

Bei Annahme von einem oder beiden Anträgen ist der gemeinderätliche Antrag entsprechend zu ändern. Bei den beiden Anträgen wurden bewusst keine Frankenbeträge eingesetzt. Die CVP vertraut darauf, dass der Gemeinderat die Projektänderungen kostenbewusst einfließen lässt und an der nächsten Gemeindeversammlung über die gemachten Einsparungen infor-

miert. Es wird erwartet, dass die Einsparungen zwischen 1,0 bis 1,3 Mio. Franken liegen. Der **Antrag** lautet, die Gemeindeversammlung genehmigt das Projekt Sanierung Badstrasse und die Erneuerung der Auskragung unter Berücksichtigung der beschlossenen Reduktionen. Der Baukredit wird bewilligt. Der beantragte Kredit von Fr. 7 182 000.— (Preisstand März 2014) ist um die beschlossenen Reduktionen zu kürzen.

Abschliessend regt **Herr Paul Meyer** an, die Pflasterung mit Gubersteinen nochmals zu überprüfen, da diese für ältere Personen mit Rollstühlen und für Familien mit Kindern, die Trottnet oder Rollbrett fahren, eher gemieden wird, was nicht sein sollte. Eine benutzerfreundlichere Variante ist die Ausführung in der Weiten Gasse in Baden.

Herr Erwin Beusch unterstützt die Anträge von Herr Paul Meyer vorbehaltlos und verzichtet auf den vorbereiteten eigenen Antrag, der ähnlich lauten würde. Er erwähnt, dass die bestehenden Ufermauern vom Landvogteischloss bis zum Oederlinareal sehr unterschiedlich sind, was attraktiver ist als ein Einheitsbrei. Der vorgesehene Holzrost beim Limmatplatz liegt im Schatten der Bäume und bleibt dadurch sehr häufig nass und feucht. Bei Nässe ist die Rutschgefahr hoch und bei längerer Feuchtigkeit ist das Holz moderanfällig, was entsprechende Unterhaltskosten verursacht.

Herr Wilfried Nabholz: Für die SP Ennetbaden sind zwei Sachen wichtig. Die autofreundlichen Kredite für den Tunnel und das Parkhaus etc. wurden in den letzten Jahren bewilligt. Es ist wichtig, nun auch die Kredite für die Gestaltung und die Erhöhung der Aufenthaltsqualität, die den Menschen dient, zu bewilligen und zu dem ausgewogenen Projekt "Ja" zu sagen. Sparen bei diesem Projekt ist am falschen Ort. Die bisherigen Strassenprojekte haben zur Aufwertung der privaten Grundstücke beigetragen. Das vorliegende Projekt ist wichtig für das Gefühl, dass es sich um einen öffentlichen Raum für die Bevölkerung handelt.

Herr Reto Schumacher: Die Vormauerung ist aus technischer Sicht nicht notwendig. Sie ist rein optisch.

Herr Adrian Rehmann: Die Gestaltung der Badstrasse ist das letzte Puzzleteil, das dazugehört. Als ehemaliges Mitglied der Arbeitsgruppe Sondernutzungsplanung stellt er fest, dass eine schöne Umgebung von den Nutzungen lebt. Er ersucht die Behörden bei künftigen Bauprojekten detaillierte Erdgeschosskonzepte mit entsprechenden Nutzungen zu verlangen. Beim Hirschenplatz mit dem geschlossenen Restaurant ist dies zur Zeit ebenfalls nicht gegeben. Er verweist auch auf den Hinterhof beim Zentrum 1. Das Zentrum 1 gehört der grössten Immobilienbesitzerin der Schweiz. Diese sollte verpflichtet werden, einen vernünftigen Laden einzurichten und nicht einen Kinderhort zu dulden. Es wurde verpasst, entsprechende Auflagen in die Baubewilligung zu schreiben. Bei künftigen Baubewilligungen sind Auflagen zu machen, dass die Umgebung auch öffentlich genutzt wird.

Gemeindeammann Pius Graf: Der Gemeinderat steht hinter dem Konzept, obwohl das Belebungs- und Nutzungskonzept noch fehlt. Insbesondere die Vormauerung hat eine langfristige Lebendigkeit und sollte mit der Erneuerung der Auskragung realisiert werden. Der Holzsteg beim Limmatplatz ist reizvoll und hat Qualität. Es gibt zahlreiche solche Plätze, die mit vernünftigem Aufwand unterhalten werden können.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen schlägt er vor, zuerst über die Anträge der CVP abzustimmen. Bei Verzicht auf die Vormauerung reduzieren sich die Kosten um rund 1 Mio. Franken. Bei der Rückstellung des Limmatplatzes entfallen Kosten von rund Fr. 600 000.—. Insgesamt kann aufgrund der verschiedenen Schnittstellen mit Minderkosten

von 1,3 bis 1,6 Mio. Franken gerechnet werden. Nach diesen beiden Abstimmungen wird das bereinigte Projekt in der Schlussabstimmung zur Genehmigung unterbreitet.

In der **ersten Abstimmung** wird die Rückstellung des Limmatplatzes, gemäss Antrag der CVP, mit **145 : 113 Stimmen gutgeheissen**.

In der **zweiten Abstimmung** wird der Verzicht auf die Vormauerung, gemäss Antrag der CVP, mit **172 : 99 Stimmen gutgeheissen**.

In der **Schlussabstimmung** wird das Bauprojekt Gestaltung Badstrasse und Erneuerung der Auskragung, ohne Limmatplatz und ohne Vormauerung, mit einem Baukredit im Betrage von rund 5,5 Mio. Franken mit **262 : 14 Stimmen genehmigt**.

9. Verschiedenes

Gemeindeammann Pius Graf eröffnet die **Diskussion** unter "Verschiedenes" für Anliegen und Fragen.

Herr Peter Widmer: Kann der Gemeinderat etwas machen, dass beim Postplatz wieder eine Poststelle eingerichtet wird? Im Weiteren erwähnt er, dass im Kanton Aargau die Unterbringung von Asylsuchenden sehr schwierig ist. Könnte die Gemeinde Ennetbaden, die ja als sehr weltoffen gilt, in diesem Bereich eine andere Politik machen und allenfalls ein Projekt aufgleisen?

Herr Heriberto Rudolph: Mit dem Bau des Schulhausplatzes in Baden entstehen grosse Verkehrsbehinderungen. Ist es möglich während der Bauzeit die Schiefe Brücke zu öffnen?

Herr Rolf Jenni: Besteht die Möglichkeit den Wanderweg auf der Lägernseite, vom ehemaligen Schützenhaus her in Richtung Ehrendingen, in Absprache mit der Nachbargemeinde zu verbinden, ohne dass man zur Kantonsstrasse hinunter muss?

Gemeindeammann Pius Graf: Die fehlende Wegverbindung auf der Lägernseite ist auf dem Gemeindegebiet von Ehrendingen. Der Gemeinderat hat dieses Anliegen bei einem Behördentreffen bereits vorgebracht. Die Gemeinde Ehrendingen ist jetzt an der Güterregulierung und wir hoffen, dass die Realisierung, in Absprache mit den Landbesitzern, in absehbarer Zeit möglich wird.

Eine Öffnung der Schiefen Brücke ist infolge der Bauprojekte in Baden nicht vorgesehen. Die Abklärungen der Verkehrsfachleute haben ergeben, dass eine Öffnung der Schiefen Brücke keine Verbesserung bringt, da die Haselstrasse keinen Mehrverkehr aufnehmen kann und deshalb eher eine Verschlimmerung bewirkt würde.

Die Belegung des Postplatzes und eine öffentliche Nutzung sind wichtig. Die Post wird aber sicher keine Poststelle mehr eröffnen. Die neuen Betreiber des Chrättli in Baden prüfen mittelfristig auch ein Angebot in Ennetbaden. Beim Gemeinderat stossen diese Absichten auf grosses Wohlwollen. Die Unterbringung von Asylsuchenden wird in Ennetbaden aktiv befürwortet. Die Pflichtquote beträgt sieben Personen. Aktuell sind zehn Asylsuchende in gemeindeeigenen Liegenschaften untergebracht.

Abschliessend dankt er für die sachlichen und guten Diskussionen, wünscht einen schönen Sommer und Herbst und lädt alle herzlich zum traditionellen Apéro und zu Gesprächen im Foyer ein.

Schluss der Versammlung: 23.05 Uhr.

Namens der Einwohnergemeindeversammlung
Der Gemeindeammann Der Gemeindeschreiber
Pius Graf Anton Laube